

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 218

Nr. 261 a

Bezugspreis: monatlich 2 G. in unbeschränkt gebrauchsbefähig. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und unter Umständen auch Einzelhändler entgegen. — Höherer Gehalt enthält den Betrag von Schabenertrag.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 5 Spalten zu 20 mm Breite mit 6 Pfennig. Kleine Anzeigen 10 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Bestandsanzeigen 5 Pfennig. 7-tägige Anzeigen 4 Pfennig. 14-tägige Anzeigen 3 Pfennig. 1-monatliche Anzeigen 2 Pfennig. 3-monatliche Anzeigen 1 Pfennig. 6-monatliche Anzeigen 1/2 Pfennig. 1-jährliche Anzeigen 1/3 Pfennig. — Für Plakatdrucken u. alle anderen Abrechnungen ist ein besonderes Tarifblatt in der Redaktion zu beziehen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 560 und 5610 — Postfachkonto Leipzig 20812.

Freitag, 6. November 1925

Geschäftsstelle Berlin: Varnburger Str. 50. Fernruf Amt Kurfrank Nr. 6255. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verla u. Druck von Otto Hehle, Halle-Saale.

Protest gegen den Vertragsbruch der Linken

Ein Schritt Graf Westarps beim Reichskanzler Das Eigenneß der Linken um Minister Sapele

Berlin, 5. November.

Von der deutschnationalen Seite wird mitgeteilt, daß aus den Besprechungen über das Verhalten des Ministers Sapele jetzt nunmehr eindeutig fest, daß der Minister Sapele sowohl in der Kabinetsitzung vom 19. als in derjenigen vom 22. die materielle Billigung des Verhandlungsergebnisses von Locarno, ebenso aber die formelle Billigung der dort eingegangenen Bindungen abgelehnt hat, und zwar am 19. mit der Erklärung, daß eine endgültige Erklärung erst möglich sei, wenn die gesamten Unterlagen durchgesehen und geprüft werden könnten, am 22. endgültig. Diesem Tatbestand entspricht der vor einigen Tagen bekanntgegebene Kompromiß-Verlauf des Kabinetsbeschlusses vom 22., der sich lediglich auf die Fortsetzung der Verhandlungen und die vorläufige Festlegung der Auslegung des Artikels im Auswärtigen Amt bezieht. Der Außenminister habe auf Grund eines Kabinetsbeschlusses berichtet, daß am 19. Oktober entsprechende „Ja“-entscheide den Mitgliedern der Regierung und dementsprechend die Frage, ob er die subjektiven Meinungen der Delegation, im Sinne der Resolution zu verhandeln, anerkenne. Jeder Versuch, dieses Ja als eine materielle Billigung der Verhandlungen von Locarno und ihres Ergebnisses zu deuten, ist eine Fälschung. Mit dieser Fälschung ist aber dieser Fall nicht erledigt. Es bleibt zu klären, was aus Sapeles, an denen lediglich Minister und einige wenige Ministerialbeamte teilgenommen haben, und deren Inhalt ausdrücklich unter Aufsicht der Diktation gestellt ist, Informationen gegeben hat. Daß diese Informationen noch dazu das Bild der gepflogenen Verhandlungen gefälscht haben, ist nunmehr fest. Auch die Frage, Minister Sapele habe im Kabinett Vorwürfe gegen die eigene Partei erhoben, ist nunmehr amtlich widerlegt. Im übrigen braucht kein Wort verloren zu werden über den geschäftigen und tatsächlichen Charakter der Darstellung von Vorgängen in der Kabinetsitzung vom 20. Oktober. Wenn dabei nicht nur der Minister Sapele, sondern auch andere Teilnehmer der Sitzung nach klärendem Erfolg und vertrauensvollen Zusammenwirken einem schmerzlichen Empfinden über die durch die politische Lage notwendig gewordene Trennung Ausdruck gegeben haben, so wäre das menschlich zu erklären und zu erklären und der Versuch, daraus in der Öffentlichkeit politisches Kapital zu schlagen, bedeutet ein selbst über den heutigen Durchbruch hinausgehendes Maß von Verrohung des politischen Kampfes. Daß deutschnationale Minister ihrerseits die Verantwortlichkeit von Kabinetsitzungen auch gegenüber Entstellungen bis an die äußerste Grenze des Möglichen wahren, ist für jeden aufmerksamen Menschen eine Selbstverständlichkeit, für die freilich der „Vorwärts“ und andere Blätter kein Verständnis haben.

Wie wir noch erfahren, ist heute vormittag Graf Westarp in der Frage der Indiskretionen aus dem Kabinett in der Reichskanzlei vorstellig geworden. Von deutschnationaler Seite wird hierzu mitgeteilt: Die Reichsregierung selbst hat in ihrer amtlichen Erklärung von unrichtigen und irreführenden Darstellungen gesprochen, die über Vorgänge im Kabinett, ungeachtet der strengen und unbedingt erforderlichen Vertraulichkeit gegeben seien und damit auch an die Schweigepflicht des ausgehenden Ministers appelliert. Sie hat damit die Mitteilung aus den Kabinetsitzungen als schwere Pflichtverletzung und als unverantwortliche Fälschung gekennzeichnet. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Reichsregierung eine strenge Untersuchung vornimmt und die Bestrafung des Fälschers und ungetreuen Beamten in schärfster Form durchführt.

Das „B. Z.“ lügt fröhlich weiter

Berlin, 5. November.

Das „Berl. Tagbl.“ berichtet bei der gestrigen Besprechung mit dem Reichskanzler, daß die deutschnationalen Parteien erklärt, daß sich an ihrer Stellung zur Außenpolitik nichts geändert habe, daß sie im übrigen die Entscheidungen des auf den 16. November einberufenen Parteitagess abwarten hätten. Von deutschnationaler Seite wird nunmehr mitgeteilt, daß der zweite Teil dieser Mitteilung unklar ist. Von dem Bericht ist bei der Besprechung mit dem Kanzler überhaupt nicht die Rede gewesen.

Indiskretionen und Fälschungen

Berlin, 5. November.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Der Schritt, den Graf Westarp offiziell im Namen der Deutschnationalen Volkspartei beim Reichskanzler wegen der unrichtigen Indiskretionen aus dem Kabinett genommen hat, erregt in politischen Kreisen Berlins erhebliches Aufsehen. Offenbar hatte die Reichsregierung auf die Genauigkeit der deutschnationalen Reden können und man ist sehr in der Erwartung, daß die Indiskretionen in Ansehung der möglichen Folgen, die nun-

mehr aus der unrichtigen Indiskretion entstehen können. Der Reichskanzler dürfte jedenfalls alles unternehmen, um diese peinliche Angelegenheit ungewidrig zu klären. Der Kreis, auf den sich die Untersuchung erstrecken muß, ist außerordentlich begrenzt. Es darf man denn mit Sicherheit erwarten, daß der Beamte, der sich einen solchen Vertragsbruch zuschreiben lassen, sehr bald festgestellt sein wird.

Witterweise ist es aber absolut notwendig, weiteren Klagen der Antikräfte entgegenzutreten. Wieder einmal ist es, wie bereits oben gesagt, das „Berliner Tagblatt“, das berichtet, daß der Ministerrat Beratung des Reichskanzlers mit den Deutschnationalen hätte erklärt, daß sich ihre Erklärung zur Außenpolitik nicht geändert haben und daß sie im Übrigen die Entscheidungen des auf den 16. November einberufenen Parteitagess abwarten müßten. Dagegen soll natürlich der Eindruck erweckt werden, als würde man bei den Deutschnationalen damit, daß der Parteitag der früher gefassten Beschlüsse in irgend einer Form revidieren werde. Demgegenüber wird auch parteiamtlich diese neue Lüge demontiert.

Die gestrigen Verhandlungen über die innenpolitische Lage

Berlin, 5. November.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Wie wir erfahren, haben von Zentrum ausgehend am heutigen Donnerstag lebhaft Verhandlungen stattgefunden, die das Ziel hatten, zu verhandeln, daß in der morgigen Fraktionsitzung der Sozialdemokraten Beschlüsse gefaßt werden, die die Innenpolitik weiterzuführen und damit auch die noch in der Schwebe befindlichen Verhandlungen über die Ministerungen hinführenden könnten, da das Mandat die Basis des Kabinetts ohnehin sehr schwach ansetzt. Die Führer des Zentrums verhandelten heute zunächst mit denen der Demokraten und dann mit denen der Sozialdemokraten. Darauf erschienen die Herren Lehmann und Koch bei dem Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsminister Stresemann, der gegen Abend dann den engeren Vorstand der Deutschen Volkspartei bei sich hatte. Wie verlautet, haben die Vertreter des Zentrums den Sozialdemokraten gewisse Angebote gemacht, die auf die spätere Bildung der Kabinetsliste Bezug haben. Die Verhandlungen gehen am Donnerstag ab und auch wohl noch am Freitag vormittag weiter. Ob sie allerdings zu dem Erfolge führen werden, der damit gekennzeichnet ist, ist noch sehr zweifelhaft, da die Sozialdemokraten offenbar Bestrebungen von anderen Parteien verlangen, die noch dem augenblicklichen Stand der Dinge aber keineswegs von allen beteiligten Seiten

Frankeichs Sozialisten wieder einig

Zurückziehung der Rücktrittserklärungen

Paris, 5. November.

(Eigener Drahtbericht.)

In der heutigen Sitzung der sozialistischen Kammergruppe haben Paul Renaud, Bizens Anriol, Renaudet und Mauret ihre Rücktrittserklärungen aus dem politischen Ausnahmestand unter der Bedingung zurückgezogen, daß die sozialistische Gruppe wie früher in enger Fühlung mit den übrigen Linksgruppen bleibe.

Zu der Interpellation über Syrien befaßte die Gruppe, die Anriol Renaudet abzurufen und der Regierung bei der Frage der Vertagung der Ausnahmestand des Vertrauens auszusprechen. Die Anhänger der Zusammenarbeit mit der Regierung erklärten, daß sich bei der Gruppe eine Bewegung bemerkbar mache, die hoffen lasse, daß die frühere Unterstützungspolitik in der nächsten Zeit wieder aufgenommen werde.

Die Sozialisten und das Kabinett

Paris, 5. November.

(Eigener Drahtbericht.)

Die für heute abend erwartete Abstimmung über die Festlegung der Reichspolize der Interpellationen wird wahrscheinlich eine Mehrheit für die Regierung ergeben da die Sozialisten beschließen haben, für das Kabinett zu stimmen, mit der Begründung, daß sie zuerst eine Debatte über die Bedingungen von Locarno müßten. Die heutige Aussprache der sozialistischen Gruppe deutet auf einen merklichen Umschwung ihrer Haltung gegenüber dem Kabinett hin. Der „Temps“ hält es für wahrscheinlich, daß die Sozialisten demnach die Unterstützungspolitik wieder aufnehmen werden. Es ist indessen möglich, daß der äußerste Flügel der Sozialisten sich auch weiterhin der Stimme enthalten wird.

Das Berliner Stadt-Parlament

Berlin, 5. November.

Die endgültige Verteilung der neuen Stadterwerbungsstellen ist nunmehr heute durch die Abstimmung der Bestimmungen erfolgt. Am neuen Stadtparlament sitzen nunmehr:

gegeben werden dürfen. Die Außenpolitik bleibt weiterhin in der Schwebe.

Nachdem die Verhandlungen über die Ministerungen infolge der innenpolitischen Verhältnisse in Berlin und in Paris eine Woche lang gerast haben, scheinen sie jetzt allerdings wieder in Fluß gekommen zu sein. Der Mitte-November glaubt man in politischen Kreisen aber kaum eine Heberlei über die Entscheidung der Ministerungen zu haben.

Keine Werberückungsfür!

Berlin, 5. November.

Ueber die Verhandlungen zur Errichtung der neuen Ministerungen im Rheinland sind verschiedentlich Meldungen aufgetaucht, die geeignet sind, die Sachlage zu verwickeln. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß das Delegiertenbüro im Rheinland ab dem 1. November überhaupt nicht bestanden ist. Im Rheinland amtierende Reichsdelegierte und Kreisdelegierte, Kreisdelegierte dagegen gibt es nicht. Die Reichsdelegierten sitzen in den Ministerien der Regierungsbüros, die Kreisdelegierten bei der Kreisverwaltung. Die Zahl der Reichsdelegierten betrug ursprünglich 75, jetzt 60. Die Delegierten hatten eine ungeheure Wichtigkeit. So besteht eine Verfügung der Rheinlandkommission, wonach die deutschen Landräte den Delegierten zweimal im Monat Bericht zu erstatten haben, in kritischen Situationen sogar täglich. Damit wurde praktisch die deutsche Verwaltung restlos den Reichsdelegierten unterstellt. Solange die im Artikel 5 des Rheinlandabkommens garantierte deutsche Verwaltung wiederhergestellt werden, so muß selbstverständlich das gesamte Delegiertenbüro fallen. In der Presse ist ferner behauptet worden, daß statt einer Truppenübernahme im besetzten Gebiet nur eine Truppenüberführung stattfinden werde, so daß die zweite und dritte Zone nach der Räumung eine stärkere Besetzung haben werde als bisher. Demgegenüber darf kein Zweifel aufgeworfen werden, daß eine auch nur relative Vermehrung der Truppenzahl nicht in Frage kommen kann. Die schwebenden Verhandlungen gehen gerade darauf aus, die Truppenstärke wesentlich herabzumindern, also auch in der zweiten und dritten Zone. Dies dürfte auch im Interesse der Alliierten liegen, da nach dem Londoner Abkommen die gesamten Besatzungsstellen besetzt werden müssen, über die hinaus Deutschland keine Besatzungsverpflichtungen hat. Überdies werden die Truppenüberführungen dort in diesem Zusammenhang darauf hingewirten werden, daß zu den Rückführungen, die Deutschland erwartet, selbstverständlich auch eine dem deutschen Standpunkt entsprechende parlamentarische Verwaltung des Saargebietes gehört, ferner die Errichtung von Kontrollmaßnahmen, die sich mit dem Geist von Locarno nicht vereinbaren lassen.

Frankreichs Sozialisten wieder einig

- 47 Delegationale,
- 14 Reichspolizeiteiler,
- 10 Reichsdelegierte,
- 3 Reichsdelegierte,
- 3 Reichsdelegierte,
- 2 So. Gemeindefortschrittler,
- 8 Zentrumsparteiler,
- 21 Demokraten,
- 73 Sozialdemokraten,
- 43 Kommunisten.

Auch ein Unabhängiger steht in der rote Zone zurück, das nun wohl infolge des Speichers der Bürger vorwiegend rot veraltet werden wird.

Begnadigung der zum Tode verurteilten Eschkefften

Berlin, 5. November.

Wie wir erfahren, sind bei im Tischnapf zum Tode verurteilten Kommunisten Käge, Reumann, Eschkefften zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Das Gegenstück dazu

Moskau, 5. November.

Die „Ismolija“ meldet, daß das Exekutivkomitee am 31. Oktober beschloß, die vom Obersten Gerichtshof am 8. Juni zum Tode verurteilten deutschen Staatsangehörigen S. Bindermann, Weisk und den sibirischen Staatsangehörigen v. Dittmar unter Anwendung der Leninschen Gesetze auf zehn Jahre Gefängnis zu begnadigen.

Die Moskauer Regierung hat lange geögert, bis sie das Notwendige tat und das gegen die drei deutschen Einheiten ausgesprochene Todesurteil aufhob. Die Begnadigung dieser „Strafgeschmuggler“ ist in Deutschland niemals ausgegeben worden. Die Schuld der drei, die Verurteilung, sie hätten leitende Genetmänner ermorden wollen, ist vor Gericht nicht erwiesen worden, und die Art, wie angebliche Geheimnisse in der Voruntersuchung zustande kamen, wurde herbe kritisiert. Der jetzige Standpunkt kann, das unterliegt keinem Zweifel, nur ein Anfang sein.

Wertbeständige Anleihen

Table of interest-bearing securities with columns for issuer, amount, and price. Includes entries like '6% Ann. Roggen', '5% Bf. L. d. Elbt. Kohle', etc.

Zufuhrbestände des Marktes... Ausnahmemaße... In Amerika... (Text discussing market supply and demand)

Leipziger Börse vom 5. November

Table of the Leipzig stock exchange from November 5th, listing various stocks and their prices.

Markt höher, für Post-Beizen um etwa vier Mark... (Text discussing market trends and prices)

Table of the Berlin stock exchange from November 5th, listing various stocks and their prices.

Leipzig, 5. November... (Text providing additional market information for Leipzig)

Table of the Berlin stock exchange from November 5th, listing various stocks and their prices.

Der Kaufmann... (Text discussing market conditions and prices)

Druck und Verlag... (Text regarding printing and publishing information)

Berliner Börse vom 5. November 1925

Large table of the Berlin stock exchange from November 5th, 1925, listing numerous stocks and their prices.

Weitere Berliner Kurse

Table of further Berlin market prices, including various commodities and their current rates.

